

# Zu viele Fragen noch offen

Bürgerbegehren gegen übereilte Landkreisfusion gestartet / Unterschriftenaktion läuft an

**NORTHEIM** (sel) – Um detaillierte Informationen über die Auswirkungen einer möglichen Fusion der Landkreise (HALLO berichtete) zu erhalten, startet die Freie Wählergruppe Northeim 21 ein Bürgerbegehren mit Unterschriftenaktion. Hierbei geht es nicht um ein Bekenntnis für oder gegen eine Fusion, sondern vielmehr um die Aufklärung der betroffenen Bürger.

Eine Fusion der Landkreise Northeim, Göttingen und Osterode wird derzeit stark diskutiert. Die Freie Wählergruppe Northeim 21 moniert jedoch, dass es an detaillierten Darstellungen, wer wo in welcher Form von den Beschlüssen betroffen sein wird, fehlt. Bis Mitte 2012 sollte der Beschluss für eine Fusion gefasst werden und erst danach über die Umsetzung verhandelt werden. Gemäß Information der Freien Wählergruppe Northeim 21 wurde die Erklärung zur Durchführung eines



Rufen die Bürger zur Unterschriftensammlung auf, um Transparenz für die Fusionsfolgen zu bekommen (v.l.): Lothar Baumelt und Felix Leist.  
Foto: Elbing

Bürgerbegehrens gegen eine Fusion bei der zuständigen Stelle des Landkreises eingereicht. Damit soll erreicht werden, dass die Verwaltung die Einzelheiten über die Folgen dieser Maßnahme offenlegt, sofern sie erarbeitet worden sind. Für einen Erfolg der Maßnahme ist es erforder-

lich, dass 10.536 Unterschriften und Adressen von Wahlberechtigten generiert werden. Dazu werden ab sofort an zentralen Punkten wie Verbrauchermärkten, Baumärkten und Kaufhäusern Informationsstände aufgestellt, wo die Bürger ihre Solidarität mit ihrer Unter-

schrift bekunden können. Den Beteiligten des Bürgerbegehrens sei bewusst, dass dies ein sehr ehrgeiziges Ziel ist.

Zur Auftaktsitzung des Bürgerbegehrens vergangenen Donnerstag berieten zwölf Interessenvertreter der freien Wählergruppe Northeim 21 bei einem ersten Meinungsaustausch über die weitere Verfahrensweise zur Durchführung. Als Vertretungsberechtigte für Northeim 21 wurden der Kreistagsabgeordnete Lothar Baumelt (Fredelsloh), Felix Leist (Großenrode) und Bettina Hucke (Lutterhausen) benannt.

Baumelt erläutert die näheren Gründe für diese Initiative: „Es wird vehement darauf gedrungen, bis zum Sommer den Beschluss zu fassen, dass eine Kreisfusion durchgeführt wird, da dies für die Entschuldungshilfe des Landes eine Voraussetzung ist. Erst danach soll verhandelt werden, wie es sich auf die einzelnen Bereiche auswirken soll.“ Bisher gäbe es keine

konkreten schriftlichen Mitteilungen zur Verfahrensweise. zu Auswirkungen im Personalbereich, zu möglichen Verlegungen von Zentralen und Außenstellen oder zu Möglichkeiten der Privatisierung. „Was hat der Bürger zu erwarten, was ändert sich für ihn zum Vorteil, was zum Nachteil? Diese Fragen müssen im Vorfeld geklärt werden“, mahnt Baumelt. Auch kläre das Eckpunktepapier, das die Mehrheitsgruppe im Kreistag zu einer Fusion erarbeitet hat, nicht, welche Auswirkung eine Kreisfusion auf den demografischen Wandel und somit auch auf den Fachkräftemangel sowie den Wohlstand in der Region habe. Beabsichtigt sei nicht, so betont Baumelt, pauschal ein Ja oder Nein zur Fusion der Landkreise zu erreichen, sondern die politische Führung der Kreise zu bewegen, ihre Bürger vor dem Beschluss genau über die zu erwartenden Auswirkungen einer Fusion in Kenntnis zu setzen.